



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Finanzen und
Beteiligungen -

Tagesordnung I Punkt 6 der öffentlichen Sitzung am 20. Mai 2026

Vorlagen-Nr. 26-F-14-0011

Auswirkungen der aktuellen Steuerschätzung auf den Haushalt der Landeshauptstadt Wiesbaden -Antrag der Volt-Fraktion vom 12. Mai 2026-

Die aktuelle Steuerschätzung zeigt deutlich, dass sich die finanzielle Lage von Bund, Ländern und Kommunen weiter angespannt entwickelt. Für die kommenden Jahre werden bundesweit deutlich geringere Steuereinnahmen erwartet. Besonders betroffen sind die Kommunen: Nach aktuellen Berichten müssen Städte und Gemeinden allein in diesem Jahr mit 4,3 Milliarden Euro weniger Einnahmen rechnen als noch im Herbst angenommen.

Die Landeshauptstadt Wiesbaden hat in den vergangenen Jahren wichtige Investitionen auf den Weg gebracht: in Schulen und Kitas, in Klimaschutz und Mobilität, in Digitalisierung, soziale Infrastruktur und die Modernisierung der Stadt. Gerade weil diese Investitionen richtig und notwendig sind, braucht es angesichts enger werdender kommunaler Spielräume eine sachliche und frühzeitige Einordnung. Bürger*innen erleben die Handlungsfähigkeit des Staates besonders vor Ort: bei Kitas, Schulen, Straßen, Sport, Kultur, sozialer Infrastruktur und funktionierender Verwaltung. Deshalb ist nun entscheidend, wie tragfähig die bisherigen Planungen sind, welche Einnahmetrends sich konkret abzeichnen und wo gegebenenfalls rechtzeitig nachgesteuert werden muss. Ziel ist nicht Alarmismus, sondern verantwortungsvolle Haushaltssteuerung auf Grundlage belastbarer Zahlen.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. über die wesentlichen Ergebnisse der aktuellen Steuerschätzung und deren mögliche Auswirkungen auf die Landeshauptstadt Wiesbaden zu berichten.
2. darzustellen, ob sich die bundesweit erwarteten Mindereinnahmen bereits in aktuellen Wiesbadener Zahlen, Prognosen oder Trends widerspiegeln, insbesondere bei Gewerbesteuer, Einkommensteueranteil und Umsatzsteueranteil.
3. darzulegen, welche Auswirkungen sich daraus für den laufenden Haushalt, die mittelfristige Finanzplanung, die Investitionsplanung sowie die finanzielle Handlungsfähigkeit der Landeshauptstadt Wiesbaden ergeben können.
4. zu berichten, ob bereits Gespräche mit dem Land Hessen, dem Städtetag oder anderen Kommunen zu den erwarteten kommunalen Auswirkungen geführt werden und ob aus Sicht des Magistrats kurzfristige Anpassungen, zusätzliche Vorsorgemaßnahmen oder Szenarien für die weitere Haushaltssteuerung notwendig sind.

Beschluss Nr. 0076

Der Antrag ist durch den Bericht des Stadtkämmerers zur aktuellen Haushaltssituation (TO I TOP 10) und durch die Aussprache erledigt.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .05.2026

Dr. Reinhard Völker
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .05.2026

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .05.2026

Dezernat III
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gert-Uwe Mende
Oberbürgermeister